

# Gegenanträge

**SIEMENS**

Gegenanträge  
zur Hauptversammlung der  
Siemens AG  
am 22. Januar 2004

**Letzte Aktualisierung: 21. Januar 2004**

Nachfolgend finden Sie alle zugänglich zu machenden Anträge von Aktionären zur Tagesordnung der Hauptversammlung am 22. Januar 2004 sowie die Stellungnahme der Verwaltung zu diesen Anträgen.

## Der Verein von Belegschaftsaktionären in der Siemens AG, e.V., München, stellt folgenden Gegenantrag:

### **A** Zum Tagesordnungspunkt 3, Entlastung der Mitglieder des Vorstands:

#### Verein von Belegschaftsaktionären in der Siemens AG, e.V.

c/o Manfred Meiler, Grüntenstraße 12 a, 80686 München Tel.: 089/571419 Fax: 089/574602  
Email: [M.Meiler@unsereaktien.de](mailto:M.Meiler@unsereaktien.de) Homepage: <http://unsereAktien.de> Email: [w.niemann@unsereaktien.de](mailto:w.niemann@unsereaktien.de)

München, den 09.12.03

An den Vorstand der  
Siemens AG  
z. Hdn. Hrn. Dr. von Pierer, Vorstandsvorsitzender

### Unser Antrag zur Hauptversammlung 2004

Sehr geehrter Herr Dr. von Pierer,

die Ergebnisverbesserungen in nahezu allen Bereichen machen Siemens beinahe schon wieder zum Börsenliebling. Dennoch für die Bereiche IC, I&S, SBT und Dematik gingen die Ergebnisverbesserungen einseitig zu Lasten der Mitarbeiter dieser Bereiche. Denn die Firmenleitung hat es versäumt, alles zu tun, dass die notwendigen Anpassungen solidarisch innerhalb des Siemens-Konzerns gelöst wurden. Dies hat nichts mit Quersubventionierung zu tun. Wieso es nicht möglich sein sollte, überwiegend gut ausgebildete Mitarbeiter bei IC und I&S bei einem Gesamtpersonalstand von ca. 170.000 Mitarbeitern im Inland intern zu vermitteln, bleibt daher unverständlich. Freilich ist dies nur dann möglich, wenn die Konzernleitung es auch wirklich will und bereit ist, an den Personalprofilen der jeweils benötigten Mitarbeiter in den aufnahmefähigen Bereichen zumindest vorübergehend Abstriche zu machen. Stattdessen wurden viele betroffene Mitarbeiter in die sogenannten beE's „outsourced“ oder isoliert untergebracht. Viele MitarbeiterInnen sind auch nur unter dem Druck einer drohenden betriebsbedingten Kündigung in die beE gegangen, de facto mit nur geringen Chancen auf dem externen Stellenmarkt.

So ist der Belegschaft und Belegschaftsaktionären auch nicht vermittelbar, dass diese Personalanpassungen angesichts einer fast 50% igen Gewinnsteigerung nach Steuer (gerechnet ohne Verkauf von Infineonaktien) drastisch ausfallen mussten. Es war auch langjährigen Mitarbeitern bisher nicht vorstellbar, unter welchem Druck und mit welchen Mitteln die Firma ihr Personalabbauziel durchsetzen würde. Die **Firmenkultur hat hier insgesamt nachhaltigen Schaden** genommen. Von einer **Beschäftigungspolitik, die auch älteren Mitarbeitern eine reelle Chance gibt**, kann ebenfalls keine Rede sein. Dies ist u. E. sowohl gesamtwirtschaftlich angesichts der demografischen Entwicklung falsch als auch betriebswirtschaftlich eine Vergeudung von „Humankapital“. Leider ist zu befürchten, dass künftig in ähnlich gelagerten Fällen dieses Vorgehen der Normalfall sein wird.

Sorge macht uns darüber hinaus vor allem die **mittelfristige Firmenstrategie einer verstärkten Verlagerung inländischer Produktionen und Dienstleistungen ins Ausland ohne ausreichende Berücksichtigung der Belange betroffenen Belegschaft**. Die umfangreichen Verlagerungen an diversen Standorten (z.B. wie A&D Passau nach Griechenland und Ungarn, ICM Bochholt nach Ungarn usw.) lassen leider Schlimmes für den Standort Deutschland befürchten. Dies vor allem deswegen, weil es offenbar auch erklärte Firmenpolitik ist, im Rahmen eines global sourcing vor allem Entwicklungstätigkeiten nach Osteuropa, Indien und China auszulagern. Neben Kostenvorteil-

len scheinen offensichtlich auch gewisse kurzfristige Steuervorteile, insbesondere in den neu hinzukommenden EU-Staaten, mitentscheidend zu sein. **So verabschiedet Siemens sich mehr und mehr vom Standort Deutschland.** In diese Politik passt auch die von der Mehrheitsbeteiligung INFINEON angedachte, wenn auch vorerst zurückgestellte Steuerflucht aus Deutschland. In diesem Zusammenhang weisen wir dennoch darauf hin, dass trotz der anerkannten Erfordernis, der Globalisierung Rechnung zu tragen, **sich niemand seine Wurzeln** wegen nur möglicherweise kurzfristiger Steuer-/und Kostenvorteile **abschneiden sollte.**

Aus all dem lassen sich unseres Erachtens leider nur Schlüsse ziehen wie

- **der Shareholder Value hat derzeit im Zweifel immer Vorrang vor dem Mitarbeiter,** auch wenn dies die Gesamtsituation der Firma nicht erfordert, und die Beschäftigungssicherheit für die Belegschaft ist nur noch von untergeordneter Bedeutung.
- **ein solidarisches Verhalten innerhalb der „Siemensfamilie“ gibt es derzeit nicht mehr und dieses wird auch von der Firmenleitung nicht eingefordert.** Siemens bietet daher niemandem mehr die Gewähr, dass er nicht der Nächste ist, sollte sein Bereich durch Missmanagement oder andere Umstände auch nur in eine vorübergehende Krise geraten.
- **die Firmenpolitik sieht eine besondere Verpflichtung gegenüber dem Standort Deutschland und ihrer inländischen Belegschaft nur noch sehr eingeschränkt.**

Diese Politik bricht mit der Siemens-Tradition und der früheren Firmenkultur. Eine solche Politik, sehr geehrter Herr Dr. von Pierer, wollen und können wir nicht unterstützen. Dennoch hoffen wir sehr, dass der Siemens-Konzern künftig wieder stärker eine **Balance zwischen Kapital- und Mitarbeiterinteressen** findet, aber auch den **Standort Deutschland** aus reinen Kosten- und Steuerüberlegungen nicht aufgeben wird.

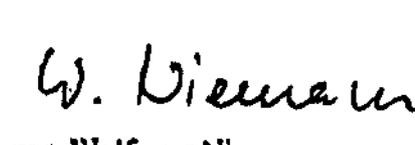
**Wir werden namens des Vereins von Belegschaftsaktionären in der Siemens AG, e.V. dem Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates zum Tagesordnungspunkt "Entlastung des Vorstands" widersprechen und die Aktionäre veranlassen, für unseren Antrag zu stimmen.**

**„Der Vorstand wird nicht entlastet.“**

**Begründung:**

- > Die Umsetzung der Personalabbauziele, insbesondere bei IC und I & S, wird trotz einer insgesamt befriedigenden Gewinnlage des Siemenskonzerns z.T. mit einer Rigorosität durchgeführt, wie dies für die Siemenskultur bisher undenkbar schien.
- > Insgesamt vermissen wir eine Neuorientierung der Beschäftigungspolitik dahin gehend, dass auch älteren Mitarbeitern eine reelle Chance auf Erhalt ihres Arbeitsplatzes gegeben wird. Im Hinblick auf die demografischen Veränderungen unserer Bevölkerung ist das ein dringendes Erfordernis.
- > Der Standort Deutschland wird mehr und mehr oft nur wegen scheinbar erzielbarer Kosten- und Steuervorteile zu Lasten der inländischen Belegschaft aufgegeben.

  
gez. Manfred Meiler

  
gez. Wolfgang Niemann

## Herr Helmut Kohler, Ludwigsburg, stellt folgende Gegenanträge:

### **B** Zum Tagesordnungspunkt 3, Entlastung der Mitglieder des Vorstands:

GEGENANTRAG: „Die Mitglieder des Vorstands werden n i c h t entlastet.“

Begründung:

Der Vorstand will die in Deutschland nicht in Betrieb zu nehmende Anlage zur Plutoniumverarbeitung von Hanau nach China liefern.

Vorstandsvorsitzender Heinrich von Pierer hat schon bei Vorhaltungen zur Lieferung von Atomkraftwerken auf der Hauptversammlung erklärt: „Wir liefern nur, was bestellt wird.“

Weiter wird argumentiert, dass erst durch weitere nicht bestimmungsgemässe Handlungen, die ausserhalb der eigenen Verantwortung lägen, vernichtende Wirkungen ausgelöst werden.

Doch die Degussa hat auch nicht selbst Zyklon B zur Vernichtung von Menschen eingesetzt und wird doch deswegen wirtschaftlich boykottiert.

Der Vorstand von SIEMENS ist bereit, mit der Plutoniumanlage ein Kernstück für die krass gefährdungssteigernde Plutoniumwirtschaft in diese gefährdete Welt zu installieren.

Vordergründig beseitigt sie Plutonium. Hintergründig verbreitert sie die Atomenergienutzung auf weit gefährlicherer Basis.

Die Plutoniumanlage von SIEMENS induziert ein Vernichtungspotential für Menschen und Leben mit Unbewohnbarkeit ganzer Kontinente.

Ob infolge der immensen Giftwirkung (durch 1 Gramm Plutonium, in der Natur praktisch nicht vorkommend, können bis zu einer halben Million Menschen mit Lungenkrebs erkranken).

Ob durch die Plutonium-Atombombe.

Ob durch die schmutzige Atombombe, wo Atommüll inclusive Plutonium mit Sprengstoff zerstäubt wird.

Ob durch Unglücksfälle.

Ob Verseuchung auf immer wegen der extremen Langlebigkeit der Plutonium-Isotope.

Ob durch Unglücksfälle oder durch Absicht, ob durch Notlage oder Vernichtungswillen.

Anscheinend bedenkenlos will der Vorstand seine gegen alle Warnungen durchgeboxte Fehlinvestition Plutoniumanlage doch noch zu Geld machen, zumindest gegen alle Vorhaltungen in Betrieb sehen.

Langfristig kann das unserem Unternehmen schweren Schaden zufügen. Spätestens falls die Anlage in China missbraucht wird, kann das zu einem weltweiten Wirtschaftsboykott gegen SIEMENS führen.

Keine Entlastung für einen solchen Vorstand.

## **C Zum Tagesordnungspunkt 4, Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats:**

GEGENANTRAG: „Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden n i c h t entlastet.“

Begründung:

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben nicht zu erkennen gegeben, dass sie den Vorstand von der Absicht abzuhalten gedenken, die gemeingefährdende SIEMENS-Plutoniumverarbeitungsanlage ins Ausland zu liefern

Diese wurde in Hanau durch Vorstand und Aufsichtsrat von SIEMENS trotz frühzeitiger Warnungen und begründetem Widerstand, weil sie der gemeingefährdenden Plutoniumwirtschaft die Tür öffnet, als gigantische Fehlinvestition errichtet.

SIEMENS sollte nicht das hässliche Bild eines schrankenlosen kapitalistischen Unternehmens abgeben, das wegen Geld über Leichen geht,

Lieferung von Anlagen für die Plutoniumwirtschaft würden voraussehbar, noch mehr als Anlagen zur Nutzung der Atomenergie, dem SIEMENS-Boykott neuen Auftrieb geben.

Bedenkenlose Aufsichtsräte können nicht entlastet werden.

Helmut Kohler, Hohenrainstr. 22, 71642 Ludwigsburg: Tel. 07141/52122

## Herr Dietrich-E. Kutz, Biberach, stellt folgende Gegenanträge:

Dietrich-E. Kutz

Berthold-Hupmann-Str. 65  
88400 Biberach,  
den 20. Dez. 2003

**Siemens AG**  
**Corporate Finance Treasury**  
**Investor Relations (CFT 3)**  
**Wittelsbacherplatz 2**  
**D-80333 München**

WKN 723 610 Aktionärs-Nr: 019 992 230 50

### **Gegenanträge zur Siemens - HV 2004 am 22.01.04 in München**

**D** - Anträge, Vorstand (Top 3)

**E** und Aufsichtsrat (Top 4) die Entlastung zu verweigern.

**F** - Antrag, Beschlussfassung über eine Nachwahl zum Aufsichtsrat (Top 6) den Wahlvorschlägen, wg. fehlendem Background, die Zustimmung nicht zuerteilen.

[...]

**G** - Antrag, Beschlussfassung über die Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien (Top 7) c)(2) Aktienoptionspläne und d) aktienbasierte Vergütung sowie e), wg. Erfolglosigkeit dieser Pläne und wg. Zielverfehlung, nicht zu zustimmen.

#### **Begründung:**

- + Der erreichte Shareholder Value ist mangelhaft- also nicht entlastungsfähig. Vorstand und Aufsichtsrat sind den Perspektiven und Visionen nicht gerecht worden. Die Diskrepanz zwischen Potential und Performance ist nicht beseitigt.
- + Die beanstandeten AR-Vorschläge haben keinen Performance-Nachweis und das Vertrauen ist nicht gegeben. Ihr Nutzen für die Gesellschaft ist nicht dargestellt und begründet. Auch fehlt ein Vertreter des Freefloats und es fehlen qualifiziert vorgestellte Alternativen zu den Wahlvorschlägen.
- + Die Aktienoptionspläne und die aktienbasierte Vergütung sind wg. erwiesener Erfolg- und Wirkungslosigkeit, s. aktuellen Aktienkurs, und wg. Selbstbedienung nicht sinnvoll und moralisch fragwürdig. Sie haben ihr Ziel verfehlt und sollten nicht zum Selbstläufer werden. Dies ist vom Vorstand erkannt und in 05/2003 öffentlich gemacht worden, mit der Maßgabe bis zum Herbst diesen Jahres das Thema zu bearbeiten und Lösungsvorschläge vorzustellen.

Warum ist dies nicht geschehen und warum ist dies nicht ein Top auf dieser Hauptversammlung?

Mein eindringlicher Appell an alle Aktionäre, die langfristigen Auswirkungen dieser Selbstbegünstigung und dieser Vorhaben zu erkennen und die überhebliche Selbstinszenierung und Selbstgefälligkeit zu beenden. **Bitte stimmen sie für die Gegenanträge.**

Nehmen sie diese Anträge bitte zu Protokoll, bestätigen sie mir den fristgerechten Eingang und schicken sie mir umgehend den ausführlichen Geschäftsbericht.

Freundliche Grüße

Anlage: Antwortbogen  
Eintrittskarten-Bestellung

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'T. Fu' or similar, written in a cursive style.

Herr Dr. B. Frhr. v. Fritsch, Mannheim, stellt folgende Gegenanträge:

**H** Zum Tagesordnungspunkt 3, Entlastung der Mitglieder des Vorstands:

**J** Zum Tagesordnungspunkt 4, Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats:

Dr. B. Frhr. v. Fritsch  
Lange Rötter Str. 94  
68167 Mannheim  
Tel. (0621) 33 16 07

Ich beantrage  
keine Entlastungen. Grund:  
1.) Ein gefallener Bilanzgewinn  
rechtfertigt nicht gleichzeitig  
steigende Bezüge der höchsten  
Etage.  
2. Man kann nicht Verpflichtun-  
gen eingehen, zu deren Erfül-  
lung man Beschlüsse einer  
künftigen HV braucht, wie  
der Vorstand es tat, s.  
Kurzbericht,  
Fritsch

**Herr Norbert Rimmel, Erlangen, stellt folgenden Gegenantrag:**

**K** Zum Tagesordnungspunkt 3, Entlastung der Mitglieder des Vorstands:

An die  
Siemens Hauptversammlung 2004  
81033 München

Worms, den 05.01.2004  
Norbert Rimmel  
I&S IS ICS3  
**Erlangen**  
Privatadresse: Lauerga  
67547 Wor

Aktionärsnummer: 01999323520

GEGENANTRAG: Die Mitglieder des Vorstands werden nicht entlastet.

da die Ergebnissituation bei der I&S in der Nummer noch nicht den Vorstellungen entspricht, kann ein weiterer Personalabbau nicht ganz abgeschlossen werden.  
Es gibt jedoch ältere Mitarbeiter bei der ICS welche durch freiwillige Unterzeichnung eines Altersteilzeitvertrages noch 2004 die Personalsituation entlastet und auch planbarer gestaltet hätten. Jüngere Mitarbeiter hätten dadurch eine bessere Chance.  
Leider wurde dies von der ICS Verwaltung verweigert.

Die Aktionäre werden hiermit **den Vorstand nicht zu entlasten.**

**Begründung:**

- Die Mitarbeiter sind der willkürlichen Entscheidung der Leitung ausgesetzt.
- Unfaire Behandlung der Mitarbeiter und somit:
- Schädigung der Firmenkultur und des Firmenansehens



gez. Norbert Rimmel

## Herr Eduard Bernhard, Kleinostheim, stellt folgende Gegenanträge:

(Kritischer Einzelaktionär  
und Vorstandsmitglied des  
Bundesverbandes Bürgerinitiativen  
Umweltschutz (BBU e.V.) Bonn  
und des Bund Naturschutz e. V.,  
Kreisgruppe Aschaffenburg)

Wiesbadener Str. 2

An den  
Vorstand der SIEMENS AG  
Abt. Corporate Finance Treasury  
Investor Relations (CFT 3)  
Wittelsbacherplatz 2

80333 München

per Fax 089/636-32830

Aktionärs-Hauptversammlung der SIEMENS AG am Donnerstag,  
22.01.2004, 10.00 Uhr in München, Olympia-Halle/ Gegenanträge

---

Sehr geehrte Herren!

Hiermit stelle ich folgende Anträge bzw. Gegenanträge:

1) [...]

### **L** 2) Verwendung des Bilanzgewinns bzw. der Dividenden-Ausschüttung

Statt Ausschüttung des Bilanzgewinns von Euro 979.952.931,10 eine Reduzierung um ca. 15% = ca. Euro 146.992,939, die für den Einsatz im umweltfreundlichen alternativen Energie-Sektor (Wind, Solar u.s.w.) eingesetzt werden könnten.

### **M** 3) Entlastung des Vorstandes

Nichtentlastung des Vorstandes wegen:

a) Geplanten Exportes von Hauptteilen der demontierten und - auch durch seinerzeitigen Hess. Umweltminister Joschka Fischer mitveranlaßt - nicht in Betrieb gegangenen Plutonium-Brennelemente-Fabrik Hanau nach China.

Anmerkung: Ein Rechtsgutachten von Greenpeace ergibt, daß der Export gesetzwidrig ist; außerdem wäre der Export nach Ansicht einer ganzen Anzahl von rot-grünen Abgeordneten sowie allen großen deutschen Umweltschutzverbänden und Bürgerinitiativen als auch nach Ansicht grüner Europaabgeordneten, u.a. des international bekannten Europaabgeordneten Daniel Cohn-Bendit, ein Verstoß gegen die rot-grüne Ausstiegspolitik.

D.h., SIEMENS würde die derzeitige Regierungspolitik in Sachen Atom unterlaufen und das in China! Also einem Land der Diktatur, das Folterungen und öffentliche Hinrichtungen praktiziert - erinnert wird insbesondere an das öffentliche Massaker 1987 auf dem Platz des "Himmlischen Friedens" in Peking und auch an das von der EU deshalb gegen China verhängte Waffen-Embargo.

b) Fortsetzung der Geschäfts-Sparte "Atom-Energie"

Trotz des zwischen deutschen EVUs, wie E.ON, RWE, EnBW und HEW / Vattensfall und der Bundesregierung vereinbarten Atom-Konsens zur Stilllegung aller deut-

scher Atomkraftwerke bis zum Jahr ca. 2020 setzt SIEMENS seinen Pro-Atomkurs fort; Z.B.: Weiterbetrieb der atomaren Brennelemente-Fabrik Lingen/ Niedersachsen, Dienstleistungen des ehemaligen Atom-Versuchszentrums in Karlstein/Bayern und Verlagerung bzw. verstärkte Aktivitäten durch Zusammenarbeit mit französischen Firmen bzw. Institutionen wie der EdF/Framatome u.s.w. zwecks Planung/ Bau eines neuen AKW-Typs, dem EPR mit 1.600 MW mit voraussichtlichem Erstbau in Finnland.

c) Mangelnde bzw. unzureichende Aktivitäten im alternativen Energiesektor Trotz der Fast-Atomkatastrophe von Harrisburg/USA, des atomaren Super-GAU von Tschernobyl sowie der nach wie vor ungeklärten Endlagerungsfrage hat SIEMENS es an massiven Bemühungen zum Einstieg in das Gebiet der alternativen Energie-Gewinnung (Wind, Solar, Wasser) fehlen lassen.

Z.B. wurden mit Förderung über das EEG-Gesetz über ca. 100.000 Arbeitsplätze sowie ca. 11.000 MW Stromkapazität in Deutschland geschaffen.

### **N** 3) Entlastung des Aufsichtsrats

Beantragt wird Nichtentlastung wegen:

- a) Mangelnder Arbeitskontrolle und Lenkung des Vorstandes
- b) Duldung, daß bezüglich der IST-Situation der ehemaligen SIEMENS-Atom-Versuchs-Anlage in Karlstein/Bayern und hier speziell der ohne öffentlichen atomrechtlichen Erörterungstermin erbauten zwei Atommüll-Lagerhallen jegliche laufende Information der Öffentlichkeit unterbleibt. So fehlen z.B. Mengenangaben über leicht-, mittel- und hochradioaktiven Atommüll. Weiter ist unbekannt, ob und ggf. welche Zu- und Abgänge beim Atommüll in 2003 erfolgten. Wie hoch sind beim in Karlstein eingelagerten Atommüll z.B. die hochgiftigen Anteile von Plutonium z.B. v. Typ 242, 244 mit Halbwertszeiten von 378.000 bis 82,5 Millionen Jahren.
- c) Vorschlag, daß die KPMG erneut als Abschlußprüfer für 2003 tätig werden soll.
- d) Duldung, daß sich SIEMENS bezüglich bestehender schwerer Sicherheitsmängel im Notkühlsystem des AKW Biblis A seit 1974 in Stillschweigen hüllt.

### **O** 4) Beschlußfassung über Abschlußprüfer

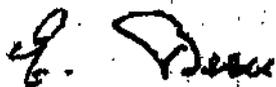
Die vorgeschlagene KPMG wird wegen zahlreicher Versagensfälle (z.B. Metallgesellschaft, Holzmann, Flow-Text u.s.w.) abgelehnt.

Ich beantrage meine Gegenanträge - gemäß Aktiengesetz - allen Aktionären rechtzeitig schriftlich mitzuteilen, damit diese ihre Stimmabgabe entsprechend gestalten können.

Auf der Hauptversammlung werde ich anwesend sein und ggf. weitere Anträge bzw. Fragen einbringen.

Anliegend die Aktien-Hinterlegungs-Bescheinigung.

Mit freundlichem Gruß



(Eduard Bernhard)

## **Stellungnahme zu den Gegenanträgen**

Wir halten die Gegenanträge für unbegründet und schlagen vor, sie abzulehnen. Zu Einzelfragen wird der Vorstand in der Hauptversammlung Stellung nehmen. Vorab bereits Folgendes:

### **Zu den Anträgen des Vereins von Belegschaftsaktionären in der Siemens AG e.V., München, und von Herrn Rimmel, Worms, den Vorstand nicht zu entlassen**

1. Die Umsetzung der Personalabbauziele in den Bereichen des Arbeitsgebiets Information and Communications und im Bereich Industrial Solutions and Services ist notwendig, um das Unternehmen insgesamt nachhaltig abzusichern. In beiden Gebieten haben sich die Märkte fundamental verändert. Der notwendige Kapazitätsabbau ist in Vereinbarungen zwischen den Bereichsleitungen, den Betriebsleitungen der betroffenen Standorte und den zuständigen Arbeitnehmervertretungen geregelt worden. Dabei ist ein Bündel von Maßnahmen beschlossen worden, das alle erdenklichen Instrumente einsetzt, zum Beispiel Insourcing von bislang extern vergebenen Aufträgen, Arbeitszeitverkürzungen, Alterszeitzeit, vorzeitige Pensionierungen, einvernehmliche Aufhebungsverträge und der Übertritt in Qualifizierungs- und Vermittlungseinheiten. Mit diesen Maßnahmen konnte der weitaus größte Teil des notwendigen Abbaus bewältigt werden. „Entlassungen“, also betriebsbedingte Kündigungen, werden als „ultima ratio“ nur dann vollzogen, wenn andere Maßnahmen nicht ausreichen.
2. Gerade für die älteren Mitarbeiter bemühen wir uns um sozialverträgliche Lösungen. Ziel unserer Anstrengungen ist es auch, den Abfluss von Knowhow aus dem Unternehmen zu begrenzen. Wir orientieren uns bei den vorgeschlagenen Maßnahmen deshalb nicht am Alter der Beschäftigten, sondern an der Verfassung und den Perspektiven der betroffenen Geschäftseinheiten.
3. Wir bekennen uns zum Standort Deutschland. Wir sind hier überproportional vertreten. Siemens macht fast 80 Prozent des Umsatzes außerhalb Deutschlands,

hat aber mehr als 40 Prozent der Beschäftigten an deutschen Standorten. Wir bemühen uns im Gespräch mit den Belegschaftsvertretungen um Regelungen, die ausreichende Flexibilitäten ermöglichen, um im globalen Wettbewerb auch mit unserer inländischen Wertschöpfung bestehen zu können. Unabhängig davon bauen wir unsere Präsenz in anderen Regionen aus, um die dort niedrigeren Kosten zu nutzen, um nahe am Kunden zu operieren und um von dem Knowhow der dortigen Fachkräfte Gebrauch machen zu können.

**Zu den Anträgen von Herrn Kohler, Ludwigsburg, Vorstand und Aufsichtsrat nicht zu entlasten**

Die Gegenanträge halten wir für unbegründet. Die in Hanau in Containern eingelagerte Anlage zur Herstellung von Mischoxid (MOX)-Brennelementen dient dazu, die bei der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente entstehenden Kernbrennstoffe (Resturan und Plutonium) zu mischen und in neue Brennelemente zu verarbeiten. Diese können dann wieder in Kernkraftwerken zur Stromerzeugung eingesetzt werden. Ein Großteil der in Europa laufenden Kernkraftwerke verwendet seit längerem MOX-Brennelemente. Die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente erfolgt in Frankreich und Großbritannien. In diesen Ländern sowie in Belgien existieren Anlagen zur Herstellung von MOX-Brennelementen. Mit der Siemens-MOX-Anlage kann weder Plutonium produziert noch aus nicht waffenfähigem Plutonium waffenfähiges gewonnen werden. Der Einsatz der MOX-Technik kann im Rahmen der weltweiten Abrüstung eine wichtige Rolle spielen, weil dadurch aus dem militärischen Bereich stammendes Plutonium zu MOX-Brennelementen verarbeitet werden kann.

**Zu den Anträgen von Herrn Kutz, Biberach, Vorstand und Aufsichtsrat nicht zu entlasten, bei den Nachwahlen zum Aufsichtsrat die Zustimmung zu verweigern, der Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien nicht zuzustimmen**

Die Gegenanträge halten wir für unbegründet. Die Aussagen, der erreichte "Shareholder Value" sei mangelhaft, die „beanstandeten AR-Vorschläge“ hätten „keinen Performance-Nachweis“ und die „Aktienoptionspläne“ seien „wegen erwiesener Er-

folg- und Wirkungslosigkeit“ fragwürdig, entbehrt jeder Grundlage. Siemens hat im letzten Geschäftsjahr die Erwartungen der Finanzmärkte übertroffen. Der Konzern hat trotz schwieriger Rahmenbedingungen einen positiven Geschäftswertbeitrag erzielt und damit Wert geschaffen. Der Kurs der Siemens-Aktie hat im letzten Jahr die Vergleichsindizes eindeutig übertroffen. Es ist also nicht nachzuvollziehen, auf welcher Basis der Antragsteller seine Kritik abstützt.

### **Zu den Anträgen von Herrn Dr. Frhr. v. Fritsch, Mannheim, Vorstand und Aufsichtsrat nicht zu entlasten**

Zu 1.) Den Gegenantrag halten wir für unbegründet. Trotz eines schwierigen Umfelds ist der vergleichbare Gewinn nach Steuern (ohne Berücksichtigung von Gewinnen aus dem Verkauf von Infineon-Aktien) gegenüber dem Vorjahr um nahezu 50 Prozent gewachsen. Von diesen positiven Entwicklungen profitieren die Aktionäre durch einen höheren Dividendenvorschlag, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch entsprechende Anpassungen der variablen Einkommensbestandteile. Bei den Vorstandsbezügen ist der größere Teil variabel gestaltet und orientiert sich im Wesentlichen am Geschäftswertbeitrag (GWB). Da sich im Geschäftsjahr 2003 der GWB gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert hat, sind auch die Bezüge des Vorstands entsprechend gestiegen. Hinzu kommt, dass im vergangenen Geschäftsjahr eine circa alle drei Jahre stattfindende Anpassung der Vorstandsvergütung erfolgt ist.

Darüber hinaus ist der nominale Anstieg der gesamten Vorstandsbezüge auch auf die Tatsache zurück zu führen, dass es im Geschäftsjahr 2003 zeitanteilig mehr Vorstandsmitglieder als im Jahr zuvor gab.

Zu 2.) Sollten hierbei die so genannten Vorratsbeschlüsse angesprochen sein, ist der Gegenantrag sachlich nicht nachvollziehbar. Die Satzung der Siemens AG sieht durch Beschluss der Hauptversammlung vor, den Vorstand zu Entscheidungen zu ermächtigen, deren Laufzeit ein Jahr und länger beträgt. Dadurch erhält der Vorstand die notwendige unternehmerische Flexibilität für Maßnahmen, ohne bei deren Umsetzung auf die Fristen einer Hauptversammlung achten zu müssen. Siemens ist kei-

ne Verpflichtungen eingegangen, zu deren Erfüllung künftige HV-Beschlüsse erforderlich wären.

### **Zu den Anträgen von Herrn Bernhard, Kleinostheim**

Der Aktionär Herr Eduard Bernhard stellt seit vielen Jahren Gegenanträge zur Nichtentlastung von Vorstand und Aufsichtsrat. Dabei geht es im Wesentlichen immer um die gleichen Themen. Substantiell neue Aspekte sind nicht ersichtlich. Zum Thema Hanau siehe auch die Stellungnahme der Verwaltung zum Gegenantrag von Herrn Kohler. Alle anderen Fragen werden auf der Hauptversammlung mündlich beantwortet.

Siemens Aktiengesellschaft  
Der Vorstand

Siemens Aktiengesellschaft · Vorsitzender des Aufsichtsrats: Karl-Hermann Baumann ·  
Vorstand: Heinrich v. Pierer, Vorsitzender · Mitglieder: Johannes Feldmayer, Thomas Ganswindt,  
Klaus Kleinfeld, Edward G. Krubasik, Rudi Lamprecht, Heinz-Joachim Neubürger, Jürgen Radomski,  
Erich R. Reinhardt, Uriel J. Sharef, Claus Weyrich, Klaus Wucherer  
Sitz der Gesellschaft: Berlin und München · Registergericht: Berlin-Charlottenburg, HRB 12300;  
München, HRB 6684